

„Ich galt als Spitzenkraft“

Abgründige Einblicke in Anhörungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag

Die beiden Untersuchungsausschuss-Sitzungen am 9. und 10. Juli im Thüringer Landtag waren wohl einige der turbulentesten seit der Einrichtung des Gremiums vor einem halben Jahr. Als am Montagmorgen der ehemalige V-Mann Führer von Tino Brandt, Norbert Wießner, erklärte, wieso man jenen Neonazi anwarb und wie das mit der Verfassungsschutz-Richtlinie konform ginge, keine Führungsleute in neonazistischen Strukturen anzuwerben, stellten sich bei den Zuhörern die Haare zu Berge.

Einmal war der spätere Thüringer Heimatschutz-Chef im Verfassungsschutz nicht als Führungsfigur bekannt, ein anderes Mal war er nur wegen seiner Führungsfunktion als V-Mann angeworben worden und dann wiederum habe der Verfassungsschutz Brandt doch ständig ermahnt, sein Engagement in Führungspositionen ein bisschen herunterzufahren. Die Ermahnungen führten freilich ins Leere, der Rudolstädter genoss absolute Narrenfreiheit, stieg weiter auf nach oben, forderte von seinem persönlichen Verfassungsschutz-Handys, Computer und Autos, die er häufig zu Schrott fuhr, kassierte überdurchschnittlich viel Spitzel-Gehalt und prahlte nach seiner Enttarnung damit, wie er das Amt austrickste und das Geld in die Szene zurückfließen ließ.

Der nachfolgende Zeuge sorgte nicht weniger für entsetzte Gesichter. Der Abteilungsleiter für Rechtsextremismus, Karl Friedrich Schrader, schilderte ausführlich seinen „Kleinkrieg“ mit dem Verfassungsschutz-Chef Helmut Roewer und den Alltag im Amt. Ein im 6. Stockwerk Fahrrad fahrender barfußiger Behördenleiter, der in seinem Büro mit Wein, Käse und einem

halben Dutzend Frauen bei Kerzenschein von seinem Abteilungsleiter Geheiminformationen vorgetragen haben möchte.... Dass die internen Auseinandersetzungen damit endeten, dass jener Abteilungsleiter ein Hausverbot bekam und sechs Jahre bei vollem Gehalt zu Hause bleiben durfte, ist da nur ein weiteres I-Tüpfelchen.



obwohl jener bei einer Razzia um 6 Uhr morgens seine Computerfestplatten schon ausgebaut hatte. Schließlich ist auch Roewer bei den entscheidenden Fragen von spontaner Amnesie geplagt, so etwa als es darum geht, wer denn V-Mann Günther sei, den im Amt nur Roewer persönlich kannte und der über 40.000 Mark an Honoraren kas-

auf andere abschoben. Lippert marginalisierte das Naziproblem Anfang der 90er Jahre: „Die Skinheads sind ein wirrer, durchs Land ziehender Haufen gewesen“ ohne zentrale politische Führung. Gefährlicher sei hingegen der schwarze Block gewesen, eine „Entglattungseinheit mit Stützpunkten in Göttingen und Berlin“. Die Ernennung Roe-

Das Online-Tagebuch, das die LINKE Abgeordnete Katharina König während der öffentlichen Anhörungen des Untersuchungsausschusses führt, hat auch bundesweit in den Medien Furore gemacht. Zu den von ihr dokumentierten Top-Aussagen des ehemaligen Präsidenten des VS-Landesamtes, Helmut Roewer, gehören z.B.:

„Es wurde aus unserem Amt versehentlich mal ein Fax an die Grünen geschickt, mit einer Personenliste von PDS-Abgeordneten. Das Fax sollte eigentlich an die CDU gehen und war aber gar nicht autorisiert, ein Mitarbeiter hat

das ohne Absprache mit mir gemacht, ich war da im Urlaub.“

„Wie ich Verfassungsschutz-Präsident wurde? Es war an einem Tag nachts um 23 Uhr, da brachte eine mir unbekannte Person eine Ernennungs-Urkunde vorbei, in einem gelben Umschlag. Es war dunkel, ich konnte sie nicht erkennen. Ich war außerdem betrunken. Am Morgen fand ich den Umschlag jedenfalls noch in meiner Jacke.“ (Diese Aussage hat Roewer übrigens inzwischen wieder revidiert...) <http://haskala.de/2012/07/09/top-aussagen-im-untersuchungsausschuss/>

Als nach vier Stunden Verzögerung Helmut Roewer mit der Vernehmung an der Reihe war, stand bei den meisten eher die Frage im Raum: Lachen oder Weinen? Die Aussagen des einstigen Geheimdienstchefs waren teilweise so absurd, so unglaublich, dass selbst die spätere Berichterstattung zunächst als Satire angezweifelt wurde. Roewer, absolut von sich selbst überzeugt, ist felsenfest der Meinung, dass keiner außer ihm die erforderlichen Voraussetzungen für den Job hatte: „Ich hatte Erfahrung auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes, ich galt als Spitzenkraft“. Von Skandalen und Pannen will er nichts wissen, auch dass Tino Brandt vor einer Razzia gewarnt wurde, weist er empört von sich,

sierte. Von seiner eigenen Ernennung weiß er genauso wenig, außer dass er im betrunkenen Zustand einen Umschlag überreicht bekam und am nächsten Tag mit einer Ernennungsurkunde in der Tasche aufwachte.

Der allererste Leiter des Thüringer Verfassungsschutzes, Harm Winkler, kritisierte vor allem das Innenministerium, welches alle Personalangelegenheiten konzeptlos in der Hand gehalten und Mitarbeiter wie den späteren Vizepräsidenten Peter Nocken sogar trotz Sicherheitsbedenken eingestellt hatte.

Auf Winkler folgten der ehemalige Innenstaatssekretär Michael Lippert und Ex-Innenminister Schuster, welche beide nicht wussten, wie Helmut Roewer ins Amt kam bzw. die Verantwortung

wers habe nicht in seinem Verantwortungsbereich gelegen. Auch Schuster kann sich nicht erinnern, bzw. seien es doch andere gewesen. Wie Kabinettsprotokolle, einige Tage nach der Sitzung des Ausschusses veröffentlicht, belegen, waren beide sehr wohl in die Ernennung involviert, Lippert hatte sogar selbst die Vorlage ins damalige Kabinett eingebracht.

Auszüge aus dem Beitrag von Katharina König und Haskala, der vollständig sowie mit umfangreichem Material zum NSU-Komplex auf den Internetseiten der Linksfraction unter dem Button „Naziterror & Verfassungsschutzskandal“ nachlesbar ist:

www.die-linke-thl.de

Thüringer Zustände: Wie man im Freistaat „Linksextremisten“ erzeugte

Die Thüringische Landeszeitung (TLZ) hat am 13. Juli umfangreich über Thomas Dienel berichtet. Der war laut TLZ „in den 90er Jahren (...) einer der gefährlichsten Rechtsextremisten in Thüringen, ein schrecklicher Hetzer, auch ein Aufschneider, jemand, der als kreuzgefährlich in der rechten Szene galt“.

Als Neonazi-Propagandist hatte Dienel angekündigt: „mit diesen Händen werde ich die Gashähne wieder aufdrehen“. Er war – obwohl einschlägig vorbestraft – auch Informant des Thüringer Inlandsgeheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“, der für etwa 80 Treffen 25.000 DM erhalten haben soll. Schon nach seiner Enttarnung erläuterte Dienel im Jahr 2000 dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, er habe in Absprache mit dem Landesamt und von diesem finanziert im Herbst 1997 eine Flugblattkampagne gegen den aktiven Antifaschisten Angelo Lucifero, damals stellvertretender Lan-

desvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Thüringen, inszeniert. Auf einem Flugblatt war ein fingierter Aufruf zu lesen, der Lucifero der Zusammenarbeit mit Neonazis bezichtigte. Auf einem zweiten Flugblatt beschwerten sich, so der „Spiegel“, anonyme HBV-Mitglieder über den angeblichen Missbrauch ihrer Mitgliedsbeiträge durch Lucifero.

Auch im aktuellen TLZ-Artikel heißt es, Dienel sei vom Geheimdienst nicht nur gedeckt worden: „Und das Amt habe auch Flugblätter, die er entworfen habe, gegengelesen. Beispielsweise als es um eine Flugblattkampagne gegen den damaligen Vizelandesvorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gegangen sei.“ Der Flugblattaktion im Oktober 1997 waren massive Drohungen gegen Lucifero vorangegangen. Tagelang forderte das von Neonazis betriebene „Nationale Infotelefon“ zu Aktionen gegen den „Drahtzieher des linken Ter-

rors in Erfurt“ auf. Der Gewerkschafter hatte sich für eine Demonstration „Gegen rechte Gewalt“ in Saalfeld stark gemacht – die sich gegen eine Gruppierung namens „Thüringer Heimatschutz“ richtete, schon 1997 wegen ihrer Militanz berüchtigt und heute als Keimzelle des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) bekannt...

Luciferos Name tauchte dann mehrfach in Veröffentlichungen des Thüringer Geheimdienstes auf: beispielsweise in dessen Monatsschrift „Nachrichtendienst“ Nr. 9/1998 im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Publikation, die – so der „Verfassungsschutz“ – eine „Art Presseorgan der linksextremistischen Antifa-Szene in Erfurt und Umgebung“ sei.

Daraufhin wurde Lucifero auch in Publikationen der CDU und von CDU-Gliederungen als „extremistisch“ diffamiert – von einem Autor, der mehrere Pseudonyme nutzte, über gute Kontakte zum Thüringer Landesamt verfügte und dort für Honorar Leistungen er-

brachte. Neben Lucifero wurden auch Bodo Ramelow, seinerzeit Landesvorsitzender der HBV und heute Vorsitzender der Linksfraction, und der DGB-Landesvorsitzende Frank Spieth attackiert. Besonders perfide war die namens einer CDU-Gliederung veröffentlichte Unterstellung, wegen dieser drei Gewerkschafter befände sich der DGB Thüringen „im freien Fall in die ethischen und ideologischen Gefilde des gewaltbereiten Linksextremismus“. Bodo Ramelow hat im aktuellen Interview mit der TLZ die politische Verantwortung des langjährigen Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Bernhard Vogel für derlei Zustände betont. Vogel hatte bei einer der CDU-Propagandapostillen direkt die Herausgeberschaft übernommen. In seinem Vorwort schreibt Vogel 1998 – also im Jahr der Gründung des NSU – er wünsche sich, dass viele Menschen „die Gefahr erkennen, die von einem neuen Linksbündnis für unser Vaterland ausgeht“. Stefan Wogawa